

Hochschulfinanzierung



Heimspiel im Gallusviertel: SPD-Wissenschaftsminister Timon Gremmels (links) zu Besuch bei den Naturfreunden in Frankfurt.

CHRISTOPH BOCKHEILER

So informell kann das aussehen, wenn der Minister kommt. Timon Gremmels steigt aus seinem Dienstwagen, im Gehlen wirft er noch rasch sein Sakko über, dann läuft er auf die paar Menschen zu, die schon auf ihn warten. „Morgen“, sagt der Sozialdemokrat. Es tue ihm leid, dass er zu spät sei. „Der Frankfurter Stadtverkehr.“ Als er erfährt, dass hier nicht nur das Haus der Naturfreunde steht, sondern nebenan an der sozialistische Jugendverband „Die Falken“ sein Vereinsheim hat, lachelt Gremmels. „Da fühlt man sich als Sozialdemokrat ja gleich zu Hause.“

Sommerliche Spardebatte

Hessens neuer Wissenschaftsminister Timon Gremmels gerät wegen Kürzungen an den Universitäten unter Druck. Doch der Sozialdemokrat lässt sich nicht so leicht aus der Ruhe bringen.

Von Hanning Voigts

Im Frankfurter Gallusviertel, in der Friedrich-Ebert-Siedlung, wo 4000 Menschen in Gebäuden des legendären Ernst May wohnen.

An den Unis wird schon wieder demonstriert

Der Landesverband der Naturfreunde, eine Organisation mit Wurzeln in der Arbeiterbewegung, hat hier in einem niedrigen 50er-Jahre-Bau seinen Sitz, davor ist vor einigen Jahren nach Beratung durch das Demokratiezentrum an der Uni Marburg ein „Demokratiegarten“ entstanden. Menschen aus dem Viertel ziehen in kleinen Hochbeeten Salat und Tomaten, es gibt Bäume und eine

Sitzgruppe. Seit vor kurzem Küche und Toilettensanier wurden, bieten die Naturfreunde einmal im Monat ein „Siedlungscafé“ an, mit Kleiderbörse und gespendeten Lebensmitteln. Das Geld ist teils knapp im Viertel. Die Naturfreunde sind froh, dass der Minister da ist, es gibt alkoholfreien Sekt und Brezeln, der Nordhesse Gremmels bekommt feierlich eine Ahle Worscht überreicht. Der Politiker lässt sich alles zeigen, fragt nach, fachsimpelt über Wurst und sagt, der Demokratiegarten sei ein tolles Beispiel dafür, wie anwendungsorientierte Wissenschaft dem sozialen Zusammenhalt vor Ort helfen können. Als angestoßen wird, fällt Gremmels sofort ein Toast ein: „Auf die Demokratie!“

So harmonisch läuft Gremmels' Arbeitsalltag im Moment nicht immer ab. Die neue schwarz-rote Landesregierung hat vergangene Woche ihren Nachtragshaushalt durch den Landtag gebracht. Weil die Steuereinnahmen wegbrechen und die Regierung Projekte wie das „Hessengeld“ zur Förderung von Wohneigentum finanzieren will, müssen alle Ressorts kürzen. Allein die Hochschulen, für die Gremmels zuständig ist, müssen über 34 Millionen Euro einsparen, die sie nach dem nun fünfjährigen Doppelhaushalt der schwarz-grünen Vorgängerregierung eigentlich hätten bekommen sollen. An den Unis regt sich deshalb seit einigen Wochen Unmut. Stu-

dierende, Gewerkschaften und Unipräsidien warnen lautstark vor Einsparungen in der Wissenschaft. Es gibt sogar Demonstrationen an hessischen Hochschulstandorten wie Kassel, Frankfurt, Darmstadt und Marburg. Zum größeren Politikum und damit zu einem Problem für den zuständigen Minister werden die Kürzungen vor allem aus zwei Gründen: Erstens haben gerade die Verhandlungen für den Hochschulpak 2026 bis 2030 begonnen, in dem die Hochschulen und das Land Hessen vereinbaren, wie viel Geld es in den kommenden Jahren für Wissenschaft und Lehre gibt. Die aktuellen Kürzungen schüren Sorgen, dass mit einem schrumpfenden Landshaushalt auch die Unis mageren Zeiten entgegengehen. Und zweitens hat die Opposition im Landtag, vor allem FDP und Grüne, sich auf das Thema Kürzungen bei der Bildung und der Wissenschaft und damit auch auf Timon Gremmels eingeschossen. Zehn Jahre lang, so ist jetzt etwa von den Grünen zu hören, hätten die hessischen Hochschulen unter Schwarz-Grün mit verlässlichen Zahlungen rechnen können, unter CDU und SPD geht das nicht mehr. Nicht nur bei

„Das bereitet uns schlaflose Nächte“

Ute Clement, Präsidentin der Universität Kassel, über Einsparungen an den Hochschulen und die Bedeutung von Wissenschaft

Frau Clement, die Konferenz Hessischer Universitätspräsidenten und die Landeskongress der ASten haben kürzlich in drastischen Worten vor finanziellen Kürzungen bei den Hochschulen gewarnt. Es war sogar davon die Rede, die Landesregierung spare an der Zukunft des Landes. Warum?

Es geht um den Nachtragshaushalt, wo im Wissenschaftsbudget 34 Millionen Euro gekürzt werden. Das ist keine unglaublich hohe Summe, aber sie ist symbolisch, weil das Kürzungen im noch bis Ende 2025 laufenden Hochschulpak sind. Wissenschaftsminister Timon Gremmels legt viel Wert darauf, dass der Hochschulpak damit nicht gebrochen wird. Und da hat er formal Recht, weil die vereinbarten vier Prozent Zuwachs pro Jahr für die Hochschulen weiter gezahlt werden und an anderer Stelle gekürzt wird. Das ist aber nur dann ein Aufwuchs, wenn man nicht in Rechnung stellt, dass wir seit Jahren steigende Personal- und Energiekosten haben. Wenn man das einrechnet, sind diese vier Prozent längst aufgebraucht.

Der Nachtragshaushalt von CDU und SPD ist aber nicht Ihr einziges Problem, oder?

Nein. Wir haben auch noch die Tarifvereinbarung aus dem März. Allein die hessischen Universitäten müssen in diesem Jahr 40 Millionen und ab 2025 dann 100 Millionen pro Jahr an Lohnsteigerungen verkraften. Dafür haben wir kein Geld. Wir reden von den Kosten für 1250 Stellen, die wir einsparen müssten. Das ist das, was uns schlaflose Nächte bereitet. Es stimmt zwar, dass wir im laufenden Hochschulpak vereinbart haben, Tarifsteigerungen aus den zugesagten Zuwächsen zu zahlen. Aber da wussten wir auch nicht, dass es einen Krieg geben würde und in der Folge Inflation und Baukostensteigerung.



In den hessischen Universitäten geht bereits die Sorge vor mageren Jahren um.

ZUR PERSON



Ute Clement ist Erziehungswissenschaftlerin und seit 2003 Professorin für Berufs- und Wirtschaftspädagogik an der Uni Kassel. Von 2015 bis 2021 war sie dort Vizepräsidentin, seitdem ist sie Präsidentin. Seit Oktober 2022 ist sie Vorsitzende der Konferenz Hessischer Universitätspräsidenten (KHU), in der sich die Präsidenten aller fünf hessischen Universitäten zusammengeschlossen haben. *han / Bild: S. Rode*

34

MILLIONEN EURO

hessischen Hochschulen noch in diesem Jahr sparen

Kompetenzen ausstattet, die sie für die Lösung der Probleme braucht, die vor ihr liegen, macht man einen Fehler.

Sie befürchten, dass die Landesregierung die Wissenschaft nicht mehr so wichtig findet?

So wie ich das wahrnehme, gibt es in CDU und SPD durchaus Leute, denen klar ist, warum Hessen Wissenschaft und Hochschulen braucht. Aber ich befürchte, es gibt in beiden Parteien auch eine Stimmung in die Richtung, man brauche die doch nicht so dringend. Und das ist gefährlich.

Wie schätzen Sie die Rolle von Minister Gremmels ein?

Wir reden sehr viel miteinander, und ich habe überhaupt keinen Zweifel, dass ihm klar ist, wie wichtig Wissenschaft und Forschung für das Land sind. Im Ministerium bemüht man sich auch um kreative Lösungen, da gibt es wirklich gute Leute, aber die Frage ist, ob die Koalition als Ganzes das auch so sieht.

Tellen Sie die Kritik etwa der Gewerkschaften, dass Einsparungen an der Wissenschaft in der aktuellen Krisenlage besonders schlimm sind?

Es ist immer fatal, an der Hochschulbildung zu sparen. Aber wenn man sich anguckt, in was für eine krisenhafte Zukunft junge Leute aktuell reinwachsen, und wenn man überlegt, was man denen mitgeben kann, da fällt mir nur ein, dass wir sie bestmöglich mit Kompetenzen ausstatten müssen. Wir brauchen Menschen, die mit Problemen wie der Klimakrise, mit Demokratie- und Wohlstandsverlusten, mit Themen wie Ernährungssicherheit und Friedenssicherung gut umgehen können. Ich habe daher die Hoffnung, dass man auch in einer schwierigen finanziellen Situation deutlich machen kann, welche Probleme entstehen, wenn wir an der Wissenschaft sparen.

Wie laufen denn bisher die Verhandlungen für den Hochschulpak 2026 bis 2030?

Es gab bisher zwei Sitzungen, die nächsten sind für Ende September geplant. **Mit welchen Forderungen gehen Sie in diese Gespräche?** Wir haben es zum ersten Mal hinbekommen, zwischen allen Universitäten und Hochschulen für angewandte Wissenschaften gemeinsame Leitplanken zu vereinbaren mit Punkten, die uns wirklich wichtig sind. Dazu gehört ein stabiles Sockelbudget, damit man nicht immer wieder aufwendig und bürokratisch aus verschiedenen Öpfeln Geld beantragen muss. Wir brauchen einen Ausgleich für diesen neuen Tarifvertrag. Und wir hoffen auf einen moderaten Aufwuchs der Mittel. Merb wollen wir gar nicht.

INTERVIEW: HANNING VOIGTS